

Gemeinde Damshagen

Beschlussvorlage		Vorlage-Nr: GV Damsh/19/13341	
Federführend: Finanzen		Status: öffentlich	Datum: 16.04.2019
		Verfasser: Lisa Witting	
Beschluss zur Neufassung der Satzung über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Ansprüchen der Gemeinde Damshagen			
Beratungsfolge:			
Gremium	Teilnehmer	Ja	Nein
Gemeindevertretung Damshagen			

Sachverhalt:

Bei der täglichen Verwaltungsarbeit hat sich herausgestellt, dass alle derzeit bestehenden Satzungen des Amtes und der amtsangehörigen Gemeinden über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Ansprüchen einer Überarbeitung bedürfen. Dies betrifft insbesondere die dort festgelegten Entscheidungskompetenzen über Anträge auf Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen. Auch bei der Prüfung „Kommunales Kassenwesen - Querschnittsprüfung nach § 5 Satz 2 KPG M-V“ durch den Landesrechnungshof M-V im Jahr 2016 wurde angemerkt, dass die derzeit bestehende Satzung dringend einer Überarbeitung bedarf. Im Zuge der Überarbeitung der Satzung schien es somit geboten, die Wertgrenzen der einzelnen Entscheidungsträger zu überprüfen. Es wird vorgeschlagen, aufgrund von umfangreichen Änderungen und im Interesse einer besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit, die Satzung insgesamt neu zu fassen und die Satzung vom 14. Dezember 2009 außer Kraft treten zu lassen. Die in der Anlage befindliche synoptische Darstellung gibt den Überblick zu den angedachten und notwendigen Änderungen.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Damshagen beschließt die Neufassung der Satzung der Gemeinde Damshagen über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Ansprüchen in der vorliegenden Fassung.

Finanzielle Auswirkungen:

Beschreibung (bei Investitionen auch Folgekostenberechnung beifügen - u.a. Abschreibung, Unterhaltung, Bewirtschaftung)	
	Finanzierungsmittel im Haushalt vorhanden.
	durch Haushaltsansatz auf Produktsachkonto:
	durch Mitteln im Deckungskreis über Einsparung bei Produktsachkonto:
	über- / außerplanmäßige Aufwendung oder Auszahlungen
	unvorhergesehen <u>und</u>
	unabweisbar <u>und</u>
	Begründung der Unvorhersehbarkeit und Unabweisbarkeit (insbes. in Zeiten vorläufiger Haushaltsführung auszufüllen):
Deckung gesichert durch	
	Einsparung außerhalb des Deckungskreises bei Produktsachkonto:
	Keine finanziellen Auswirkungen.

Anlagen:

Anlage 1 – Entwurf der neuen Satzung

Anlage 2 - Übersicht: Alte und Neue Fassung

Anlage 3 – Synopse zum Entwurf

Satzung der Gemeinde Damshagen über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Ansprüchen der Gemeinde Damshagen vom ...

Präambel

Aufgrund des § 5 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Juli 2011 (GVOBl. M-V 2011 S. 777), und des § 22 der Gemeindehaushaltsverordnung Doppik für das Land Mecklenburg-Vorpommern vom 25. Februar 2008 (GVOBl. M-V 2008, S. 34), letzte berücksichtigte Änderung: § 21 neu gefasst durch Artikel 3 des Gesetzes vom 12. Juli 2018 (GVOBl. M-V S. 242, 244), wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung der Gemeinde Damshagen vom ... folgende Satzung erlassen:

§ 1

Geltungsbereich/Anwendungsbereich

Die nachstehende Satzung findet Anwendung für privatrechtliche Forderungen der Gemeinde Damshagen. Sie gilt ferner für öffentlich-rechtliche Forderungen der Gemeinde Damshagen, soweit für diese keine besonderen Vorschriften bestehen.

§ 2

Begriffsbestimmungen

- (1) Eine Stundung ist die hoheitliche oder vertraglich befristete Hinausschiebung des Fälligkeitstermins für die Erfüllung einer Forderung.
- (2) Eine Niederschlagung ist die befristete oder unbefristete Zurückstellung der Weiterverfolgung/Beibringung eines fälligen Anspruchs des Amtes ohne Verzicht auf den Anspruch selbst.
- (3) Ein Erlass ist der teilweise oder vollständige Verzicht auf einen Anspruch.

§ 3

Stundung von Ansprüchen

- (1) Ansprüche der Gemeinde können auf Antrag ganz oder teilweise unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs gestundet werden, wenn besondere Gründe vorliegen, die eine Stundung (Hinausschieben des Fälligkeitstermins) rechtfertigen. Insbesondere, wenn die Einziehung zur Fälligkeit eine erhebliche Härte für den Zahlungspflichtigen bedeutet und die sofortige Zwangsvollstreckung erfolglos sein würde, die Forderung aber nach der Stundung voraussichtlich eingehen wird. Eine erhebliche Härte ist dann anzunehmen, wenn der Zahlungspflichtige sich aufgrund ungünstiger wirtschaftlicher Verhältnisse ohne eigenes Verschulden vorübergehend in ernsthaften Zahlungsschwierigkeiten befindet bzw. im Fall der sofortigen Einziehung in diese geraten würde. Die Stundung kommt nicht in Betracht bei unzuverlässigen Schuldnern und wenn die Erfüllung der Forderung durch die Hinausschiebung der Fälligkeit gefährdet wird. Wird die Stundung durch

Einräumung von Teilzahlung (Raten) gewährt, so ist vorzusehen, dass die jeweilige Restforderung sofort zur Zahlung fällig wird, wenn Termine für die Zahlung von zwei Raten nicht eingehalten worden sind.

- (2) Fälligkeitstermine sollen möglichst nicht über das laufende Haushaltsjahr festgesetzt werden.
- (3) Für gestundete Beträge sind, soweit gesetzlich nichts andere bestimmt ist, Stundungszinsen in entsprechender Anwendung der Abgabenordnung zu erheben. Der Zinssatz kann je nach Lage des Einzelfalls herabgesetzt werden, insbesondere wenn sonst die Zahlungsschwierigkeiten verschärft würden. Von der Erhebung der Zinsen kann abgesehen werden, wenn der Schuldner in seiner wirtschaftlichen Lage schwer geschädigt oder sich der Zinsanspruch auf nicht mehr als 5,00 Euro belaufen würde.
- (4) Ansprüche können gestundet werden:

vom Leiter/ von der Leiterin FB Finanzen:	bis 2.500,- Euro
vom/von Bürgermeister/in	bis 5.000,- Euro
vom Hauptausschuss:	bis 10.000,- Euro
von der Gemeindevertretung:	über 10.000,- Euro

- (5) Die Stundungen sind in den Fällen, in denen es aus besonderen Gründen geboten erscheint, nur gegen Sicherheitsleistungen zu gewähren, insbesondere wenn Stundungen über einen Zeitraum von 2 Jahren hinausgehen und einen Betrag von 2.500,- Euro übersteigen.

§ 4 Niederschlagung von Ansprüchen

- (1) Ansprüche der Gemeinde können niedergeschlagen werden, wenn feststeht, dass die Einziehung keinen Erfolg haben wird oder die Kosten der Einziehung außer Verhältnis zur Höhe des Anspruches stehen. Eine Mitteilung an den Schuldner ist nicht erforderlich. Wird dennoch eine entsprechende Nachricht gegeben, so ist darin das Recht vorzubehalten, den Anspruch später erneut geltend zu machen. Eine Einziehung ist erneut zu versuchen, wenn sich Anhaltspunkte dafür ergeben, dass sie Erfolg haben wird.
- (2) Durch die Niederschlagung erlischt der Anspruch nicht; die weitere Rechtsverfolgung wird daher nicht ausgeschlossen.
- (3) Ansprüche können niedergeschlagen:

vom Leiter/ von der Leiterin FB Finanzen:	bis 1.500,- Euro
vom/von Bürgermeister/in	bis 2.500,- Euro

vom Hauptausschuss:	bis 5.000,- Euro
von der Gemeindevertretung:	über 5.000,- Euro

- (4) Niedergeschlagene Ansprüche sind in Abgang zustellen, anhand einer von der **Amtskasse** zu führenden Liste laufend zu überwachen und bei Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Schuldners erneut in Zugang zu bringen. Die Liste hat folgende Ansprüche zu enthalten:

1. Name und Wohnung des Schuldners,
2. Höhe des Anspruchs,
3. Gegenstand (Rechtsgrundlage)
4. Zeitpunkt der Fälligkeit,
5. Zeitpunkt der Niederschlagung und
6. Zeitpunkt der Verjährung.

Die Liste ist jährlich abzuschließen.

§ 5 Erlass von Ansprüchen

- (1) Ansprüche der Gemeinde können ganz oder teilweise erlassen werden, wenn ihre Einziehung nach Lage des einzelnen Falles für den Schuldner eine besondere Härte bedeuten würde. Das gleiche gilt auch für die Rückzahlung oder Anrechnung von geleisteten Beträgen. Eine besondere Härte ist insbesondere anzunehmen, wenn sich der Schuldner in einer unverschuldeten wirtschaftlichen Notlage befindet und zu befürchten ist, dass die Weiterverfolgung des Anspruches zu einer Existenzgefährdung führen würde.
- (2) Durch den Erlass erlischt der Anspruch.
- (3) Ansprüche können erlassen werden:

vom Leiter/ von der Leiterin FB Finanzen:	bis 100,- Euro
vom/von Bürgermeister/in	bis 500,- Euro
vom Hauptausschuss:	bis 2.500,- Euro
von der Gemeindevertretung:	über 2.500,- Euro

§ 6 Ansprüche aus Vergleichen

Die in den vorstehenden Bestimmungen erteilten Ermächtigungen gelten auch für die Verfügung über privatrechtliche Ansprüche der Gemeinde im Wege eines Vergleiches.

§ 7
Gültigkeit anderer Vorschriften

- (1) Vorschriften des Bundes oder des Landes über Stundung, Niederschlagung oder Erlass von Ansprüchen bleiben unberührt.
- (2) Die Bestimmungen dieser Satzung gelten auch für öffentlich-rechtliche Forderungen der Gemeinde, soweit für sie keine besonderen Vorschriften bestehen.

§ 8
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach Ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Mit gleichem Datum tritt die Satzung über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Ansprüchen der Gemeinde Damshagen vom 14.12.2009 außer Kraft.

Klütz, den

M. Krüger
Bürgermeisterin

B. Anders
1. Stellv. Bürgermeister

-Siegel-

Gemeinde Damshagen (Hauptausschuss vorhanden)

Alte Fassung			Neue Fassung		
Stundung			Stundung		
1. vom/von Kämmer/in für 1 Monat	bis	250,00 € 2.500,00 €	1. vom/von Leiter/in Finanzen	bis	2.500,00 €
2. vom Bürgermeister	bis	5.000,00 €	2. vom/von Bürgermeister/in	bis	5.000,00 €
3. vom Finanzausschuss	bis	12.500,00 €	3. vom Hauptausschuss	bis	10.000,00 €
4. von der Gemeindevertretung	über	12.500,00 €	4. von der Gemeindevertretung	über	10.000,00 €
nur gegen Sicherheitsleistung, wenn Stundungen über einen Zeitraum von 2 Jahren hinausgehen und einen Betrag von 1.500,00 € übersteigen			nur gegen Sicherheitsleistung, wenn Stundungen über einen Zeitraum von 2 Jahren hinausgehen und einen Betrag von 2.500,00 € übersteigen		
Niederschlagung			Niederschlagung		
1. vom/von Kämmer/in	bis	25,00 €	1. vom/von Leiter/in Finanzen	bis	1.500,00 €
2. vom Bürgermeister	bis	1.500,00 €	2. vom/von Bürgermeister/in	bis	2.500,00 €
3. vom Finanzausschuss	bis	2.500,00 €	3. vom Hauptausschuss	bis	5.000,00 €
4. von der Gemeindevertretung	über	2.500,00 €	4. von der Gemeindevertretung	über	5.000,00 €
Erlass			Erlass		
1. vom/von Kämmer/in	bis	25,00 €	1. vom/von Leiter/in Finanzen	bis	100,00 €
2. vom Bürgermeister	bis	1.000,00 €	2. vom/von Bürgermeister/in	bis	500,00 €
3. vom Finanzausschuss	bis	2.500,00 €	3. vom Hauptausschuss	bis	2.500,00 €
4. von der Gemeindevertretung	über	2.500,00 €	4. von der Gemeindevertretung	über	2.500,00 €

Synopse

zwischen aktueller und neuer Satzung der Gemeinde Damshagen über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Ansprüchen der Gemeinde Damshagen

Mögliche Veränderungen sind in grün gekennzeichnet.

Satzung der Gemeinde Damshagen über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Ansprüchen der Gemeinde Damshagen - aktuell -	Satzung der Gemeinde Damshagen über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Ansprüchen der Gemeinde Damshagen - neu -
<p>Aufgrund des § 5 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Juni 2004 (GVOBl. M-V 1998 S.205), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Dezember 2007 (GVOBl. M-V S. 410, 413), und des § 30 der Gemeindehaushaltsverordnung für das Land Mecklenburg-Vorpommern vom 27. November 1991 (GVOBl. M-V S. 454), zuletzt geändert durch Artikel 2 § 3 des Gesetzes vom 14. März 2005 (GVOBl. M-V S. 91), wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung der Gemeinde Damshagen vom 03.12.2009 folgende Satzung erlassen:</p>	<p>Aufgrund des § 5 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Juli 2011 (GVOBl. M-V 2011 S. 777), und des § 22 der Gemeindehaushaltsverordnung Doppik für das Land Mecklenburg-Vorpommern vom 25. Februar 2008 (GVOBl. M-V 2008, S. 34), letzte berücksichtigte Änderung: § 21 neu gefasst durch Artikel 3 des Gesetzes vom 12. Juli 2018 (GVOBl. M-V S. 242, 244), wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung der Gemeinde Damshagen vom ... folgende Satzung erlassen:</p> <p style="text-align: center;">§ 1 Geltungsbereich/Anwendungsbereich</p> <p>Die nachstehende Satzung findet Anwendung für privatrechtliche Forderungen der Gemeinde Damshagen. Sie gilt ferner für öffentlich-rechtliche Forderungen der Gemeinde, soweit für diese keine besonderen Vorschriften bestehen.</p>

**§ 1
Stundung von Ansprüchen**

(4) Ansprüche können gestundet werden:

- | | | |
|----------------------------|------|-------------|
| 1. vom/von Kämmerer/in | bis | 250,00 € |
| für 1 Monat | bis | 2.500,00 € |
| 2. vom Bürgermeister | bis | 5.000,00 € |
| 3. vom Finanzausschuss | bis | 12.500,00 € |
| 4. von der Stadtvertretung | über | 12.500,00 € |

Die Stundungen sind in den Fällen, in denen es aus besonderen Gründen geboten erscheint, nur gegen Sicherheitsleistungen zu gewähren, insbesondere wenn Stundungen über einen Zeitraum von 2 Jahren hinausgehen und einen Betrag von 1.500,00 Euro übersteigen.

**§ 2
Begriffsbestimmungen**

- (1) Eine Stundung ist die hoheitliche oder vertraglich befristete Hinausschiebung des Fälligkeitstermins für die Erfüllung einer Forderung.
- (2) Eine Niederschlagung ist die befristete oder unbefristete Zurückstellung der Weiterverfolgung/Beibringung eines fälligen Anspruchs des Amtes ohne Verzicht auf den Anspruch selbst.
- (3) Ein Erläss ist der teilweise oder vollständige Verzicht auf einen Anspruch.

**§ 3
Stundung von Ansprüchen**

(4) Ansprüche können gestundet werden:

vom Leiter/ von der Leiterin FB Finanzen:	bis 2.500,- Euro
vom/von Bürgermeister/in	bis 5.000,- Euro
vom Hauptausschuss:	bis 10.000,- Euro
von der Gemeindevertretung:	über 10.000,- Euro

(5) Die Stundungen sind in den Fällen, in denen es aus besonderen Gründen geboten erscheint, nur gegen Sicherheitsleistungen zu gewähren, insbesondere wenn Stundungen über einen Zeitraum von 2 Jahren hinausgehen und einen Betrag von 2.500,- Euro übersteigen.

**§ 2
Niederschlagung von Ansprüchen**

(4) Ansprüche können niedergeschlagen werden:

- | | | |
|----------------------------|------|------------|
| 1. vom/von Kämmerer/in | bis | 250,00 € |
| 2. vom Bürgermeister | bis | 1.500,00 € |
| 3. vom Finanzausschuss | bis | 2.500,00 € |
| 4. von der Stadtvertretung | über | 2.500,00 € |

**§ 4
Niederschlagung von Ansprüchen**

(3) Ansprüche können niedergeschlagen:

vom Leiter/ von der Leiterin FB Finanzen:	bis	1.500,- Euro
vom/von Bürgermeister/in	bis	2.500,- Euro
vom Hauptausschuss:	bis	5.000,- Euro
von der Gemeindevertretung:	über	5.000,- Euro

(4) Niedergeschlagene Ansprüche sind in Abgang zustellen, anhand einer von der **Amtskasse** zu führenden Liste laufend zu überwachen und bei Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Schuldners erneut in Zugang zu bringen.

Die Liste hat folgende Ansprüche zu enthalten:

1. Name und Wohnung des Schuldners,
2. Höhe des Anspruchs,
3. Gegenstand (Rechtsgrundlage)
4. Zeitpunkt der Fälligkeit,
5. Zeitpunkt der Niederschlagung und
6. Zeitpunkt der Verjährung.

Die Liste ist jährlich abzuschließen.

§ 3
Erlass von Ansprüchen

(4) Ansprüche können erlassen werden:

- | | | |
|----------------------------|------|------------|
| 1. vom/von Kämmerer/in | bis | 25,00 € |
| 2. vom Bürgermeister | bis | 1.000,00 € |
| 3. vom Finanzausschuss | bis | 2.500,00 € |
| 4. von der Stadtvertretung | über | 2.500,00 € |

§ 5
Erlass von Ansprüchen

(3) Ansprüche können erlassen werden:

vom Leiter/ von der Leiterin FB Finanzen:	bis	100,- Euro
vom/von Bürgermeister/in	bis	500,- Euro
vom Hauptausschuss:	bis	2.500,- Euro
von der Gemeindevertretung:	über	2.500,- Euro